

Fakten rund um Flüchtlingsfragen

"In Baden-Württemberg leben Ende 2014 ca. 26000 Flüchtlinge, das sind 13 Prozent aller Flüchtlinge in Deutschland. Hier im Landkreis Waldshut befinden sich davon ca. 500. Diese Zahlen sind hoch, reichen jedoch nicht an die Flüchtlingszahlen zur Zeit der Jugoslawiekriege.

„Asyl“ bedeutet so viel wie sicherer Aufenthaltsort und ist für Menschen gedacht, die in ihrem Heimatland nicht sicher leben können und durch politische Verfolgung bedroht sind. Es gibt das Asylgesetz, um diesen Menschen zu helfen und deren Leben zu schützen. Jeder Mensch, der in seiner Heimat zum Beispiel psychischer oder physischer Gewalt ausgesetzt ist oder wegen seiner politischen Einstellung bzw. seiner Religion verfolgt wird hat Recht auf Asyl. Menschen, deren Leben nicht wirklich bedroht ist und die zum Beispiel aus wirtschaftlichen Gründen in ein Land möchten, haben kein Recht darauf. Sie gelten als Wirtschaftsflüchtlinge und erhalten keine Aufenthaltsgenehmigung.

Es gibt einige Probleme in der europäischen Migrationspolitik. Es herrscht eine große Ungleichheit zwischen der Anzahl der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern. Länder wie Italien, die an beliebten Grenzen Europas für Flüchtlinge liegen, sind auf Grund der Regelung, dass ein Flüchtling in dem Land Asyl beantragen muss, das er zuerst betritt (Dublin III), viel stärker belastet als zum Beispiel ein Land, das sich an keiner EU-Außengrenze befindet.

Ein weiteres Problem ist, dass Flüchtlinge von vielen Ländern nur als zusätzliche Kosten angesehen werden. Niemand will viele von ihnen aufnehmen. Es wird versucht, die Grenzen „dicht“ zu machen, dabei werden jedoch Menschen, die bedroht sind, ausgesperrt und damit deren Menschenrechte mit Füßen getreten und darüber hinaus die eigenen Gesetze missachtet.

Für diese Probleme sind folgende Reformansätze denkbar: Ein Verteilungsschlüssel für ganz Europa, nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft der Länder. Dadurch sollen die großen Unterschiede gemindert und Gerechtigkeit zwischen den Ländern geschaffen werden.

Das ist auch ein Ziel des zweiten Reformansatzes, der Wahlfreiheit für die Flüchtlinge. Nach diesem Konzept sollen sie selbst entscheiden dürfen, in welchem Land sie einen Antrag auf Asyl stellen möchten, statt zwangsweise in dem Land, das sie zuerst betreten. Das würde die Länder an den beliebten Grenzen entlasten und des Weiteren daran hindern, fragwürdige Abkommen mit Drittstaaten außerhalb der EU schließen zu müssen, um die Flüchtlingsströme zu stoppen. Länder, die besonders viele Asylanträge bekommen und Flüchtlinge aufnehmen, sollen dabei mit Finanzfonds unterstützt werden. Länder mit wenigen Flüchtlingen zahlen ein, was den Gedanken, Flüchtlinge aufzunehmen eventuell auch etwas attraktiver erscheinen lässt.

Ein weiterer Ansatz ist, dass Flüchtlinge bereits im Heimatland bei der jeweiligen Botschaft Asylanträge stellen könnten, um die gefährlichen und meist vergeblichen Reisen nach Europa zu verhindern und damit Leben zu retten. Dieser Ansatz scheint attraktiv, da weniger Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt werden müssten. Das Problem bei diesem Reformansatz ist jedoch, dass Menschen, die wirklich politisch verfolgt werden und deren Leben bedroht ist, ihr Heimatland natürlich so schnell wie möglich verlassen müssen und dass zum Beispiel bei Krieg die jeweiligen Botschaften eventuell auch geschlossen wären."

Elena Munoz